



**Vortragsmanuskript** für das Panel „Die Antifa“ – eine Spurensuche“ bei der Fachtagung Linke Militanz. Phänomen, Grundlagen, pädagogische Praxis – Gemeinsame Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung und der Bundesfachstelle Linke Militanz am 13. und 14. November 2019 in Bamberg

von Alexander Deycke

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ein junges Beispiel aus dem Koblenzer Stadtrat führt es eindrücklich vor Augen: weil sie so schwer zu greifen und so facettenreich sind, laden diffuse Phänomene wie „die Antifa“ nachgerade dazu ein, Gegenstand von Mythen- aber auch Feindbildkonstruktionen und auf diesen aufbauenden Skandalisierungen zu werden. In Koblenz führte in der vergangenen Woche das Präsentieren des Logos der Antifaschistischen Aktion von 1932 in einer seit den 1980er Jahren verbreiteten Modifikation durch die Fraktionsmitglieder der Linken und der Grünen dazu, dass Mitte und Rechts-Parteien von der FDP über die CDU bis zur AfD empört den Sitzungssaal verließen und damit einen Sitzungsabbruch im nunmehr nicht länger beschlussfähigen Rat herbeiführten. Deutlich wird durch derartige Vorfälle zuletzt immer wieder: „Die Antifa“ bewegt die Gemüter, sie polarisiert, entweder man solidarisiert oder empört sich, Neutralität scheint unmöglich, wenn sie zum Thema wird.

Für die gegenwärtige öffentliche Auseinandersetzung mit dem Themenfeld des linksradikalen Antifaschismus ist der Aufstieg der Partei Alternative für Deutschland (AfD) als erfolgreiche rechtspopulistische Partei mit unübersehbaren und bis zu inhaltlichen und personellen Überschneidungen reichenden Verbindungen zur extremen Rechten

in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Zum einen baut die AfD mit ihren parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und Anfragen an Regierungen und Verwaltungen aller Ebenen erheblichen Druck auf politische Entscheidungsträger, Sicherheitsorgane, Bildungseinrichtungen und die Wissenschaft auf, der einer sachlichen und problemorientierten Auseinandersetzung mit der radikalen Linken im Allgemeinen und dem besonders mit militanten Aktionen in Verbindung gebrachten linksradikalen Antifaschismus im Speziellen entgegensteht. Es wird dabei ein Zerrbild gezeichnet von einer einheitlichen Formation, die sich kurzerhand als Terrororganisation verbieten ließe. Zum anderen spiegelt sich der Wahlerfolg der AfD in zunehmenden gegen sie gerichteten Aktivitäten aus dem Antifa-Spektrum. Dass diese beiden Entwicklungen in einer gleichsam zirkulären Wechselbeziehung zueinanderstehen, liegt auf der Hand.

Im Folgenden werde ich mich bemühen, an meinen Vorredner anschließend das Phänomen des sogenannten autonomen Antifaschismus in seiner jüngeren Entwicklung auszuleuchten und greifbarer zu machen. Zunächst werde ich eine Präzisierung des Begriffs des autonomen Antifaschismus vornehmen, anschließend organisatorische Strukturen in den Blick nehmen, um dann auf theoretische und konzeptionelle Fragen einzugehen. Sodann werden soziodemographische Aspekte angesprochen, woraufhin ich auf Praktiken und abschließend die Gewaltfrage eingehen werde.

## **Autonomer Antifaschismus Begriffsbestimmung**

Bei dem Kürzel „Antifa“, das kontextabhängig für die Abkürzung von „Antifaschismus“ oder auch als Akronym für „Antifaschistische Aktion“ stehen soll, handelt es sich ohne Zweifel um einen „unscharfen Sammelbegriff für verschiedene politische Strömungen,

Ansätze und Gruppen“, der präzisierender Erläuterungen bedarf. Es gilt also zwangsläufig vereinfachende Abgrenzungen und Engführungen im Feld des sich als links verstehenden Antifaschismus vorzunehmen, sollen nicht auch die Aktivitäten etwa des VdA/VVN oder die Antifa-Arbeitskreise der Jungsozialisten oder Gewerkschafts-Jugendorganisationen mit in den Blick genommen werden. Autonome, potenziell militanter Antifaschismus, von welchem in der Regel die Rede sein soll, wenn das Kürzel „Antifa“ Verwendung findet, blickt in der Bundesrepublik mittlerweile auf eine über 35-jährige Geschichte zurück und auch für die späte DDR der 80er Jahre sind antifaschistische Kleingruppen nachgewiesen.

Das Adjektiv „autonom“ verweist in diesem Kontext auf zweierlei: Zum einen auf die Unabhängigkeit lokaler Gruppen von anderen, organisatorisch formaler verfassten Akteuren im Kampf gegen Rechte und Rechtsextreme, wie beispielsweise in der Entstehungszeit erster autonomer Antifa-Gruppen dem Kommunistischen Bund, wie auch ganz allgemein politischen Parteien, Gewerkschaften und staatlichen Institution. Zum anderen weist das Label „autonom“ auf eine Nähe zur Bewegung der Autonomen hin – nicht unbedingt aber immer auf eine Deckungsgleichheit. Zweifelsohne zählt das Thema Antifaschismus zu einem wichtigen Aktivitätsfeld der Autonomen, doch längst nicht jede und jeder „Antifa“ sieht sich selbst als Autonome oder Autonome.

## **Organisationsstrukturen im Wandel**

Prägend dürfte die Ideen- und Prinzipienwelt der Autonomen vor allem insofern sein, als dass Basisdemokratie, Konsensprinzip und die Organisationsform der abgeschoteten lokalen Kleingruppen das heterogene Spektrum des autonomen Antifaschismus kennzeichnen. Doch schon früh hoben sich die Antifa-Gruppen durch Kontinuität und

überregionale Vernetzung von beziehungsweise innerhalb der Autonomen ab. Ebenso wie bei den Autonomen wird auch bei autonomen Antifaschisten sowohl als Eigen- und Fremdbestimmung von einer Szene als Form der lokalgruppenübergreifenden Vergemeinschaftung gesprochen, in der bestimmte Symbole und Codes Gemeinschaft stiften und autonome Zentren, Kneipen oder Buchläden Infrastruktur liefern, die Kontinuität und Reproduktion ermöglicht.

Das Themenfeld Antifaschismus ist prägend für Wandlungsprozesse, welche die undogmatische radikale Linke insgesamt seit den 1990er Jahren durchlief. Nach der Wiedervereinigung vermochte Antifaschismus angesichts einer Welle rechtsextremer Gewalt zu ihrem Leitthema schlechthin zu avancieren. In Publikationen der Autonomen wurde generell Unzufriedenheit laut über die mangelnde Wirkmächtigkeit und gesellschaftliche Isolation der Bewegung. Das Fehlen von Organisation, freilich in einer Form, die dem Anspruch der Hierarchiefreiheit gerecht werden kann, wurde als eine Ursache ausgemacht. In der Folge konnten sich verbindlichere Strukturen zunächst allein im Antifa Kontext durchsetzen. Mit der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) und dem Bundesweiten Antifa Treffen (BAT) entstanden zwei überlokale Organisationsansätze, die lokale autonome Gruppen zusammenbrachten. Während es sich beim BAT um ein eher loses Netzwerk zum Informationsaustausch handelte, läutete die 1992 gegründete AA/BO mit ihren kodifizierten internen Verfahrensregeln, dem einheitlichen, wenn man so will, „Markenauftritt“ und nicht zuletzt mit einer Politik der Öffentlichkeits- und Bündnisarbeit, mit dem Anspruch über den eigenen unmittelbaren Mitglieder- und Sympathisantenkreis hinaus vermittelbare Aktivitäten zu entfalten den Trend zur so genannten „Post-Autonomie“ ein. Das Präfix „Post“ soll dabei darauf verweisen, dass zum einen grundlegende Prinzipien der Autonomen, wie die Ablehnung von Hierarchien, Politisierung und Moralisierung des Privaten oder

Pluralismus und Eklektizismus im Theoretischen etwa, zumindest partiell weitergeführt werden, während in der Verbindlichkeit und Kontinuität der Organisation, der Orientierung auf die öffentliche Meinung, was die Aufmerksamkeit der „bürgerlichen“ Presse voraussetzte, dem Streben nach Bündnissen mit szenexternen Akteuren und der Überprüfung der eigenen Aktivitäten auf ihre Vermittelbarkeit hin neue Wege eingeschlagen werden sollen.

Anfang der Jahrtausendwende kam es zur Auflösung sowohl des BAT als auch der AA/BO. Vor allem aber sorgte das Hochkochen des Konflikts um die Positionierung zu den Konfliktparteien der zweiten Intifada für tiefe Spaltungslinien im autonomen Antifaschismus. Nicht nur Bündnisse, sondern auch zahlreiche Lokalgruppen, die mehrheitlich ohnehin stets unabhängig blieben, zerbrachen über der Frage, ob die Solidarität der Gruppe nun Palästinensern als Opfern imperialistischer Aggression oder aber dem Refugium der Juden als Opfer antisemitischer islamfaschistischer Vernichtungsvorhaben gelten sollte.

Bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007 traten mit der Interventionistischen Linken und dem Ums-Ganze-Bündnis erstmalig die zwei bis heute gemessen an der öffentlichen Wahrnehmbarkeit, der Mobilisierungsfähigkeit aber wohl auch der Mitgliederzahlen bedeutsamsten Organisationsansätze der radikalen Linken in Erscheinung, deren Differenzen größtenteils im Kontext des Konfliktes zwischen antideutschen und antiimperialistischen Überzeugungssets zu verorten sind. Viele Mitglieds- bzw. Basisgruppen, wie es bei der IL heißt, haben Ursprünge als Antifa-Gruppen oder definieren sich nach wie vor über das Antifa-Etikett.

Die genannten Organisationsstrukturen von der AA/BO bis zur Interventionistischen Linken bilden indes nur einen Teil des Spektrums ab das sich autonomer oder auch postautonomer Antifaschismus bezeichnen lässt, nämlich denjenigen, der sich in

Groß- bzw. Universitätsstädten verorten lässt. Schon vor einigen Jahren zählte der Soziologe Nils Schumacher 72 Gruppen in Klein- und Mittelstädten gegenüber 101 Gruppen in Großstädten und Metropolen, sowie 16 „regionale Zusammenschlüsse“. Aktuell zählen um die IL 46 Lokalgruppen. Charakteristisch für den autonomen Antifaschismus ist somit eher die nicht überregional vernetzte Kleingruppe. Zudem: Die genannten überregionalen Strukturen haben einen deutlichen Überhang an westdeutschen Mitgliedsgruppen.

### **Aktuelle konzeptionelle und theoretische Hintergründe**

In den 1990er Jahren reklamierten zahlreiche Gruppen für sich, einem Konzept des revolutionären Antifaschismus zu folgen. Dahinter verbarg sich die Idee, Antifaschismus zum wichtigsten Ansatzpunkt für die Kritik am bestehenden kapitalistischen System und zum zentralen Argument für die Notwendigkeit von dessen revolutionärer Überwindung zu machen. Antifaschismus sollte zum Label linksradikaler Politik werden. Bei dem Befund, dass bis heute Gruppen, die unter dem Namen Antifa firmieren, vielerorts die einzigen wahrnehmbaren Strukturen der radikalen Linken sind und dem Zusammenfallen der radikalen Linken mit „der Antifa“ in der Wahrnehmung vieler, dürfte es sich auch um ein Nachhallen dieses Ansatzes handeln. Gesellschaftsanalytisch wähte man sich allerdings schon damals weiter als es beliebte Slogans wie „hinter dem Faschismus steht das Kapital“ vermuten ließen. Nicht länger wurde in Dimitroffscher, ökonomistischer Tradition monokausal davon ausgegangen, dass Faschismus allein als autoritärste und gewalttätigste Herrschaftsform zu verstehen sei, die das Kapital zu seiner Machtsicherung wählen könne. Im Anschluss an die Kritische Theorie galt die kapitalistische bürgerliche Gesellschaft mit ihren Zwängen, Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen vor allem auch als Nährboden für autoritäres Denken

und somit Ermöglicherin faschistischer Bewegungen und schlussendlich Faschismus als Herrschaftsform. Die organisatorischen Neuformierungen deuten es bereits an: Man kann nicht länger davon sprechen, dass Antifaschismus als das Leitthema fungiert, mit dem die radikale Linke für den Systembruch zu werben versucht.

Die Interventionistische Linke steht eher einer antiimperialistischen Tradition näher und wird gerne mit dem Schlagwort „Bewegungslinke“ in Verbindung gebracht. Ihr ist an „kurzfristigen taktischen Bündnissen und langfristiger, strategischer Bündnisarbeit“ gelegen. Sie wendet sich gegen die „zynische Kritik des Bestehenden, die nur kritisiert, ohne Handlungsperspektiven zu öffnen.“ Wie der Name aufzeigt, will die IL in gesellschaftliche Konflikte intervenieren und dort radikalisiert im Sinne der Systemopposition wirken. Antifaschismus ist eines von vielen Themen, die die IL bedient. Von den Prioritäten der lokalen Basisgruppe hängt es ab, welche Aktivitäten im Bereich Antifa entfaltet werden. Entsprechend ihres Ansinnens einer breiten Bündnispolitik engagiert sich die IL in der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“, der ein Breites Bündnis zivilgesellschaftlicher und parteipolitischer Akteure zugrunde liegt.

Im Ums-Ganze-Bündnis, das sich selbst als antinational bezeichnet, finden sich in erster Linie Antifa-Gruppen zusammen, denen der von der IL organisierte Protest theoretisch zu unreflektiert erscheint und die bei der IL eine gefährliche Nähe zu rechter antisemitisch geprägter Globalisierungskritik ausmachten. Kooperationen steht UMSGANZE deutlich reservierter gegenüber. Die uGAktivisten begründeten ihre Organisation mit dem Ziel „einer Kontinuität im politischen Handeln und einer Entwicklung hin zu einer gemeinsamen theoretischen Basis“ und formulierten den Anspruch, „nicht bei blindem Aktionismus stehen zu bleiben“. Antifaschismus steht hier deutlich mehr im Fokus als bei der IL. Seit 2016 führt Ums Ganze Demonstrationen, Blockaden, Diskussions- und Informationsveranstaltungen im Rahmen einer Kampagne mit dem Titel

„Nationalismus ist keine Alternative“ durch. Das Ums Ganze Bündnis legt den Fokus seiner Antifa-Aktivitäten in Zeiten der AfD-Wahlerfolge dabei auf die Kritik an nationalistischen und rassistischen Einstellungen, sodass neben rechtsextremen und –populistischen Parteien auch der „Standortnationalismus“ von CDU und SPD oder die EU-Grenzpolitik Gegenstand derselben Kampagne sind. Darin zeigt sich, dass der autonome Antifaschismus dazu neigt, den Gegenstandsbereich seiner Aktivitäten auszuweiten.

Eine Stuttgarter Antifa Gruppe beklagt auf ihrer Internetseite „Eine Hauptschwäche stellt die weitverbreitete inhaltliche und thematische Undefinierbarkeit dar, die oft bis in die einzelnen antifaschistischen Gruppen selbst hineinreicht. Allzu oft reicht die gemeinsame Analyse nicht einmal zur Bestimmung der Ursachen des Faschismus – was für antifaschistische Strukturen, die effektive Handlungsstrategien entwickeln wollen allerdings unabhkömmlich ist.“

Angesichts hochtrabender Ankündigungen in Gründungsaufrufen bleibt die gesellschaftsanalytische Arbeit der autonomen Antifagruppen hinter den selbst geweckten Erwartungen zurück. Einheitliche Bestimmungen von Faschismus und Antifaschismus gibt es nicht. Zudem ist die Diagnose einer Krise des autonomen Antifaschismus seit einem halben Jahrzehnt stark verbreitet: Weder sah man das Aufstreben des Rechtspopulismus kommen noch vermochte und vermag man ihm etwas Wirksames entgegenzusetzen. Auch bemerkte man das jahrelange Morden des NSU trotz guter Kenntnisse und kontinuierlicher Beobachtung der extremen Rechten nicht. Das Spektrum des ideologisch Möglichen reicht heute von sich dezidiert als antideutsch verstehenden Gruppen, aus deren Kreisen Stimmen zu vernehmen sind, der Islamismus sei heute das größere Problem als die extreme Rechte, über antinationale, undogmatisch

antiimperialistische, bis hin zu Dogmatikern, die sich streng an die Faschismustheorie der ersten Internationale halten.

## **Soziodemographische Aspekte**

Sozialwissenschaftliche Forschung, die valide Daten zur soziodemographischen Charakteristik autonomer Antifagruppen liefert, gibt es nicht, da die notwendigen Erhebungen nicht zugelassen werden. Dennoch darf man wohl zurecht davon ausgehen, dass junge Menschen in den Zwanzigern den aktiven Kern bilden und auch den militanten Personenkreis stellen. Immer wieder vorgebrachte Klagen darüber, die Szene sei zu männlich und zu weiß geprägt, liefern weitere Hinweise auf soziodemographische Merkmalstendenzen. Gleiches gilt für Selbsteinschätzungen eines vorwiegend bildungsnahen und mittleren Einkommensgruppen zugeordneten Familienhintergrundes. Problematisch ist allerdings, dass derartige Selbstzeugnisse großstädtischen und damit oftmals auch studentisch Gruppen entstammen, die eine relativ rege Außenkommunikation betreiben. So hält Nils Schumacher auf der Grundlage qualitativer Interviews mit Antifa-Aktivist\*innen, die er auch in kleineren Städten führte, eine Relativierung hinsichtlich des männlichen Überhangs für angebracht.

## **Praxis des Autonomen Antifaschismus**

Es ist nicht zuletzt die Vielfalt der Aktivitäten, der autonome Antifagruppen nachgehen, die den Hashtag „Danke Antifa“ auf der einen und Verbotsforderungen auf der anderen Seite erklären. Zu nennen sind hier militante physische Kämpfe mit anderen informellen Akteuren wie rechtsextremen Kameradschaften oder Jugendszenen aber auch den Vertretern der staatlichen Sicherheitsbehörden. Zudem gibt es Physische Kämpfe um

den öffentlichen Raum gegen formal organisierte Akteure also rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien zumeist in Form von Demonstrationen und Blockaden. Zu nennen sind klandestine Anschläge und sogenannte „Hausbesuche“, bei denen Wohnräume verwüstet und mit übelriechenden Substanzen kontaminiert werden. Zu nennen ist der Schutz von vor rechtsextremer Gewalt bedrohten Menschen, etwa Geflüchteten, unter dem Einsatz der eigenen Unversehrtheit. Zu nennen sind aber auch Recherche, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, etwa das Betreiben von Archiven und die Initiierung von Informationsveranstaltungen, sowie das sogenannte Outing von Rechtsextremen.

Nicht selten fließen die Ergebnisse von Recherchen in breitere öffentliche Debatten ein oder werden sogar von den Sicherheitsbehörden verwendet. Interne Diskussionen über Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, vor allem im Kontext von Demonstrationen, begleiten den autonomen Antifaschismus seit seinen Ursprüngen und kommen unter verschiedenen zeitlichen und örtlichen Bedingungen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Die sogenannten Postautonomen von der IL und dem Ums Ganze Bündnis propagieren Protestaktionen, allem voran Blockaden, die sich als ziviler Ungehorsam deklarieren lassen.

## **Gewaltfrage**

Das tatsächliche Ausmaß der Gewaltdelikte insbesondere gegenüber Menschen im Kontextfeld Antifaschismus, lässt sich nicht ermessen. Die offiziellen Polizeistatistiken geben allein Auskunft über Gewalttaten, die linken oder linksextremen Motivhintergründen zugeordnet werden, ohne dass sich ableiten ließe, Gewalttaten welcher Qualität und Quantität sich der autonomen Antifa zuzurechnen sind. Hinzu kommt, dass

die polizeiliche Statistik im Bereich der politisch motivierten Kriminalität in der Kritik steht, da die Daten auf Dokumenten der polizeilichen Erfassung von Tathergängen und Verdächtigen basieren. So stehen einander unterschiedliche Wahrnehmungen diametral gegenüber wie diejenige, es sei eine Pazifizierung der Szene zu konstatieren und diejenige es würden immer neue Eskalationsstufen überschritten.

Gewalt unterliegt in der radikalen Linken immer einem Begründungszwang, so auch in der autonomen Antifa. Der Einsatz von Gewalt, deren Qualität und Dosierung, mögliche Ziele und Grenzen sind Gegenstand von szeneeinternen Debatten. Besonders da, wo Gewalt vonseiten der extremen Rechten ausgeübt wird, fällt es indes leicht, Selbstverteidigungsargumente ins Feld zu führen. Gewaltbereitschaft aus Selbstschutz gilt in manchen Regionen mit einer starken extremen Rechten nachgerade als alternativlos. Hinzu kommt, dass vielfach davon ausgegangen wird, der Einsatz von Gewalt gegen die extreme Rechte zeitige Erfolge. So rühmen sich Göttinger Antifas, ihre Vorgänger hätten die Neonazis aus der Stadt geprügelt und finden dabei sogar Bestätigung durch einen ehemaligen Staatsanwalt. Ein Rechtsextremer, der Gewalt erfahre, so die Erwartung, werde sich aus Angst fortan nicht mehr oder zumindest woanders politisch betätigen, im Idealfall gar seine Gesinnung infrage stellen.

Doch Militanz bezeichnet im Antifakontext nicht nur das tatsächliche Gewalthandeln, sondern eine kämpferische Pose, das bewusste Erzeugen einer Aura der Gewaltbereitschaft. Auch diese wird szeneeintern nicht von Kritik verschont, droht sie doch männlichen Dominanzansprüchen Vorschub zu leisten und die Bedeutung von Recherche und Aufklärungsarbeit in den Hintergrund treten zu lassen. Klar ist, nur ein kleiner Teil derjenigen, die sich an der symbolischen und rituellen Konstruktion des Mythos Militanz beteiligen, übt auch selbst Gewalt aus.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!